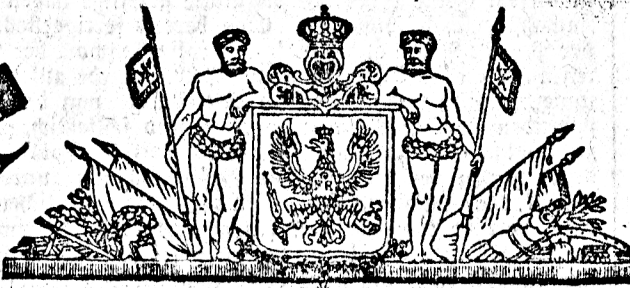


Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage 'Zeitbilder'...

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten...

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Wilson zieht den Friedensvertrag zurück.

Antrag im Senat auf Beendigung des Kriegszustandes.

Die Abstimmung über die Ratifikation.

Nach hier eingegangenen Kabeldepeschen, die uns zur Verfügung gestellt wurden, hat Präsident Wilson in Erkenntnis der Tatsache, daß der Friedensvertrag ohne die schwerwiegenden Vorbehalte der Opposition keine Aussicht auf Annahme durch den Senat hat, den Vertrag zurückgezogen.

Eine offizielle Bestätigung der Meldung liegt zur Stunde noch nicht vor.

Sollte die Meldung auf Wahrheit beruhen, so wäre Wilsons Entschluß aus der unhaltbaren parlamentarischen - besser gesagt parteifaktischen - Lage zu verstehen, die sich in den letzten Tagen im Senat herausgebildet und zu einem völligen deadlock (Stodung) geführt hat.

b Genf, 20. November.

Havas meldet unter dem 19. aus Washington: Der Antrag auf Ratifizierung des Friedensvertrages ohne Vorbehalte wurde im Senat mit 53 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Nach drei ergebnislosen Versuchen hat der Senat festgestellt, daß die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Ratifizierung des Friedensvertrages nicht vorhanden ist.

Washington, 20. November. (W. Z. B.)

Der Antrag, in dem der Krieg mit Deutschland für beendet erklärt wird, wird zu Beginn der nächsten Session (Anfang Dezember) behandelt werden. Man erwartet, daß sich darüber nochmals ein heftiger Kampf entwickeln wird.

Deutschland und Frankreich.

III. Versailles: Wirtschaftsverhandlungen.

Von Alexander Reblitz.

In den vorangegangenen Aufzügen war von den Bemühungen die Rede, die Vertrauensleute der französischen Regierung zuerst in Berlin und dann in Versailles gemacht haben, um durch direkte Fühlung mit der deutschen Regierung eine Verständigungsbasis für den Friedensvertrag zu suchen.

Die italienischen Wahlergebnisse.

Drahtmeldungen der 'Vossischen Zeitung'.

Rom, 19. November.

'Besser die Sowjets in gutem Sinne als diese Kammer,' schrieb gestern der bekannte italienische Journalist Raffagnano, Mitarbeiter der 'Erbuma'. Die bürgerlichen Zeitungen trüpfen ihre herben Betrachtungen an das voraussichtliche Resultat von 110 Sozialisten, 90 Merkmalen und 300 Abgeordneten für alle anderen.

Es wäre vollkommen verfehlt, aus dem Wahlergebnis im Ausland, namentlich bei uns, die gleichen Schlüsse zu ziehen, wie man sie hier zu Parteizwecken angibt. Die Mailänder Geschehnisse mögen als symptomatisch gelten. Dort fand heute in der überfüllten Arena eine Protestkundgebung gegen den Bombenwurf von gestern statt, wo ein Angehöriger der Ardittitruppe eine Handgranate gegen die Sozialisten während eines Umzuges warf.

Die Wahlerhaltung scheint nur lokaler Natur gewesen zu sein, da in Nord- und Süditalien bis zu 80 v. S. gestimmt haben. Zur Beurteilung des endgültigen Resultats sei daran erinnert, daß die letzte Kammer 44 Sozialisten, 40 Radikale, 7 Merkmalen, 15 Republikaner, 20 Reformsozialisten neben den sogenannten konstitutionellen Parteien zählte.

Mario Passarge.

th Lugano, 20. November.

Der ungeheure Sieg, den die sozialistische Partei Italiens in den letzten Kammerwahlen errungen hat, zeigt sich mit immer größerer Deutlichkeit. In Rom, Mailand, Bologna und Turin haben alle sozialistischen Kandidaten gestiftet und für die Industriebezirke Norditaliens gilt das gleiche.

Das Ergebnis der Wahlen in Italien ist das folgende: 160 Sozialisten, 80 Demokraten, 137 Liberale, 28 Mitglieder der katholischen Volkspartei, 18 Reformsozialisten, 8 Giolittianer,

9 Republikaner. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das ungeheure Anwachsen der Sozialisten und Merkmalen eine ganz neue politische Lage in Italien schafft. Die Regierung Nitti wird eine Opposition von 300 Deputierten gegen sich haben und sich kaum halten können, da die Sozialisten fest entschlossen sind, einen Ministerpräsidenten zu bekämpfen, der den Krieg befürwortet hat.

Nach Blättermeldungen ist Mussolini, der in Mailand verhaftet worden war, wieder freigelassen worden.

Änderung der Zuckerwirtschaft.

Die Brotversorgung bis Februar gesichert.

Zu der Kundgebung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, deren Ziel die allmähliche Beseitigung der landwirtschaftlichen Zwangswirtschaft ist, wird uns mitgeteilt:

Die Eingabe ist von der Reichsregierung dem Reichswirtschaftsminister zur Prüfung und Wahrung der von den Landwirten vorgeschlagenen Maßnahmen übergeben worden. Sie ist dem Reichswirtschaftsministerium gerade in einem Augenblick zugegangen, in dem man bereits die darin behandelten Fragen einer Lösung näher gebracht hat.

Was die Regelung der Brotgetreidebewirtschaftung anbelangt, so dürfte die Regierung im Augenblick nicht Veranlassung nehmen, eine Änderung der bestehenden Wirtschaft einzuführen. Gefahren für die Brotversorgung bestehen nach der an maßgebenden Stellen herrschenden Auffassung im Augenblick nicht.

Für das Verständnis der nachfolgenden Mitteilungen über die Versailler Verhandlungen sei nochmals daran erinnert, daß ein deutscher Journalist und ein Vertrauensmann der französischen Regierung in einem von den beiderseitigen Behörden gebilligten Meinungsaustausch zur Erleichterung der Verhandlungen eingetreten waren.

- 1. Ersatz für unmittelbare Kriegsschäden (Aufbau zerstörter Gebiete usw.). 2. Hilfeleistung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau (Kohlenlieferungen usw.). 3. Sicherungen für die Erfüllung dieser Leistungen.

Die Erfüllung dieser Forderungen in einem bestimmten zureichenden Maß galt als unumgängliche Bedingung (Condition de fond). Die Art, wie aber das Ziel erreicht werden sollte (Condition d'ordre pratique) konnte Gegenstand der Diskussion sein.

Dieser Gedankengang wurde auf dem bekannten Wege den maßgebenden französischen Stellen vorgelegt. Diese ließen erklären, daß sie für die einzig richtige Grundlage einer künftigen deutsch-französischen Verständigung hielten, daß aber die Verhandlungen darüber in ihrem vollen Umfang erst nach der Unterzeichnung des Friedens beginnen könnten.

* Vergl. die Artikel in der Abendausgabe vom 17. und in der Morgenausgabe vom 19. und 20. November.